

„Schleswig-Holsteins Potenzial in die Energiewende einbringen!“

Die zukünftige Energieversorgung in Deutschland soll bis zum Jahr 2050 zu 80 Prozent aus erneuerbaren Energien erfolgen. Schon vor dem Beschluss der Energiewende im Deutschen Bundestag nach dem Atomreaktorunfall in Fukushima hatte die CDU-geführte Landesregierung ab 2009 die Änderung des Landesentwicklungsplanes mit der Verdopplung der Windeignungsflächen betrieben. Unser Ziel war und ist, Energieexporteur aus erneuerbaren Energien zu werden. Diese Ziele hatte die CDU Schleswig-Holstein in energiepolitischen Eckpunkten für Schleswig-Holstein im Jahr 2011 auf einem Landesparteitag beschlossen und darin zugleich die Ziele der Energiewende unterstützt. Chancen und Herausforderungen für ein Gelingen der Energiewende sind gleichermaßen groß. Die Energieversorgung muss für alle Bürgerinnen und Bürger sicher, sauber und bezahlbar und damit sozialverträglich bleiben. Steigende Energiekosten haben erhebliche Auswirkungen für private Haushalte und Unternehmen in Deutschland. Die CDU Schleswig-Holstein wird hier die Zusammenarbeit mit den erneuerbaren Energiewirtschaft in Schleswig-Holstein verstärken, um konkrete Lösungsansätze zu entwickeln und diese koordiniert in die nationale Energiewendepolitik einzuspeisen. Dazu gehört auch, auf nationaler Ebene die Ausnahmen bei Energieabgaben zu überprüfen. Wo energieintensive Unternehmen oder Branchen im internationalen Wettbewerb stehen, sind sie berechtigt und bisher parteiübergreifend beschlossen worden. Mitnahmeeffekte sind jedoch konsequent auszuschließen.

Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt, dass Bundesumweltminister Altmaier mit dem 10-Punkte-Plan und dem Verfahrensvorschlag zur Neuregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) Maßnahmen vorgeschlagen hat, die zum Gelingen der Energiewende und zur Stabilisierung der Energiekosten beitragen sollen. Der Beginn eines strukturierten Beratungsprozesses ist notwendig. Die CDU Schleswig-Holstein sagt der Bundesregierung dabei ihre volle Unterstützung zu, wird die norddeutsche Position dazu einbringen und lehnt Schnellschüsse ab. Für diese Diskussion benötigen wir mehr Zeit, als in dieser Wahlperiode noch zur Verfügung steht.

Die CDU Schleswig-Holstein fordert die schleswig-holsteinische Landesregierung dazu auf, an dem Beratungsprozess aktiv teilzunehmen und eigene Vorschläge für das Land Schleswig-Holstein zu entwickeln. Eine bessere Abstimmung und Koordinierung der Energiewende zwischen den Ländern und dem Bund ist zwingend notwendig. Hier müssen die Po-

tentiale unseres Bundeslandes für die Energiewende viel stärker vertreten werden. Bislang hat die Landesregierung noch keine eigenen Pläne vorgelegt, wie die Energiewende aus schleswig-holsteinischer Sicht gelingen kann. Immerhin hat sich die energiepolitische Lage in Deutschland in den vergangenen Jahren verändert: Als Schleswig-Holstein nach 2009 die Verdopplung der Windeignungsflächen betrieb, hatten weder Bayern noch Baden-Württemberg besonderes Interesse an eigenen Windparks. Jetzt soll auch dort der Ausbau vorangetrieben werden. Dies erfordert Antworten und eine aktive Interessenvertretung für unsere norddeutsche Position.

Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt, dass sich Bundeskanzlerin Angela Merkel zu den Potentialen der Windkraft im Norden bekannt hat: Es ist volkswirtschaftlich allemal sinnvoller, Windkraft dort einzusetzen, wo der Wind bläst und das ist im Norden, vor allem an den Küsten.

Die CDU Schleswig-Holstein fordert die schleswig-holsteinische Landesregierung auf, einen Masterplan für eine norddeutsche Energiepolitik vorzulegen, der aufzeigt, wie der konstruktive Netzausbau in Schleswig-Holstein und über die Landesgrenzen hinaus so beschleunigt werden kann, dass der notwendige Windenergieausbau durchgeführt werden soll. Zudem müssen die rechtlichen Voraussetzungen dafür festgelegt werden, wie sich die Bürgerinnen und Bürger an dem Netzausbau finanziell beteiligen zu können. Forschung und Entwicklung von Speichertechnologien müssen verstärkt gefördert werden. Systemlösungen wie erneuerbare Kraftwerke brauchen unsere Unterstützung.

Die Neuausrichtung der Energiepolitik ist und bleibt ein Gewinn für den Norden. Deshalb müssen die Bürgerinnen und Bürger auch vom Herzstück der Energiewende, dem Ausbau der Erneuerbaren Energien, besonders profitieren. Der Energieerzeugung aus Wind kommt in unserem Land eine Schlüsselfunktion zu. Unser Ziel ist es, auch zukünftig Energieexportland zu bleiben, um die Wertschöpfung in Schleswig-Holstein zu sichern.

Der Windkraftausbau im Norden darf nicht begrenzt werden. Das Investitionsvolumen von 10 Mrd. Euro darf nicht auf's Spiel gesetzt werden. Eine Deckelung wird die aktuellen Probleme nicht lösen. Die Windstromerzeugung ist bei uns im Norden im bundesweiten Vergleich günstiger, weil der Wind in Schleswig-Holstein stärker und gleichmäßiger weht. Die Erzeugung in Schleswig-Holstein ist damit wirtschaftlicher als anderswo. Schleswig-

Holstein muss auch zukünftig für Investitionen in die erneuerbaren Energien ein attraktiver Standort bleiben.

Dafür ist notwendig, dass die neuen Regionalpläne zur Ausweisung neuer Windeignungsflächen nach zweijähriger Vorarbeit jetzt zügig in Kraft gesetzt werden. Wir erwarten von der Landesregierung, dass dies noch in diesem Jahr zum Abschluss gebracht wird. Auf der Basis der neuen Regionalpläne werden zahlreiche Gemeinden ihre Änderungen für Flächennutzungspläne auf den Weg bringen. Nachdem die neue Landesregierung die Kommunalisierung der Regionalplanung wieder zurückgedreht hat, liegt die Aufgabe zur Genehmigung von Flächennutzungsplänen in der Staatskanzlei. Damit ist Ministerpräsident Albig persönlich gefordert, in seinem Verantwortungsbereich dafür zu sorgen, dass die ca. 200 Flächennutzungspläne zügig genehmigt werden. Derzeit ist nicht erkennbar, dass dafür Vorsorge getroffen ist.

Die Erneuerbaren Energien brauchen Planungs- und Investitionssicherheit. Bei einer EEG-Reform muss es um eine Fortentwicklung, nicht um einen Systembruch gehen. Dabei muss in der Zeit des Übergangs der Einspeisevorrang für Windenergie aufrechterhalten bleiben. Spielräume ergeben sich aber bei der Höhe und Systematik der Einspeisevergütung. Langfristig müssen die Erneuerbaren Energien auch ohne staatliche Stützung günstige Energie bereitstellen können, um die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung nicht zu gefährden. Dies dürfte auch im Interesse der Branche der Erneuerbaren Energien sein, unabhängiger von politischen Entscheidungen zu werden.

Beim Netzausbau haben Deutschland und Schleswig-Holstein Beschleunigungsbedarf. Deutschland braucht eine leistungsfähige, dezentrale Strominfrastruktur, damit Energie dort erzeugt werden kann, wo es sinnvoll ist, und dorthin geliefert werden kann, wo sie gebraucht wird. Ganz unabhängig davon, wo ein Unternehmen oder ein Haushalt seinen Standort hat. Darum ist eine übergeordnete Koordinierung des Netzausbaus notwendig. Dafür hat die CDU-geführte Koalition im Bund mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABeG) und den Änderungen im Energiewirtschaftsrecht wichtige Voraussetzungen geschaffen. Wir erwarten eine zügige Beschlussfassung in Bundesregierung und Bundestag zum Netzausbauplan. Soweit sich die einzelplanerische Zuständigkeit der Länder hier als Hindernis erweisen sollte, müssen die Bundesländer bereit sein, Kompetenzen an den Bund abzugeben.

Um den Netzausbau beschleunigen zu können, muss die Landesregierung dafür Sorge tragen, dass die Bürgerinnen und Bürger im Land am Leitungsausbau der Netze finanziell beteiligt werden können. Hierfür müssen praktikable rechtliche Voraussetzungen und Beteiligungsmodelle geschaffen werden. Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt und unterstützt das in Vorbereitung befindliche Modellprojekt, das auch von Bundesnetzagentur und Tennet unterstützt wird, für eine finanzielle Bürgerbeteiligung an der neuen 380-kV-Westküstentrasse.

Parallel zum Netzausbau sind dezentrale Speicher erforderlich, um die Stabilität des bestehenden Netzes langfristig zu sichern und die Abschaltung der Windenergieanlagen zu verringern. Die Entwicklung marktfähiger Speichertechnologien wie Power-to-Gas und Power-to-Heat muss deshalb stärker forciert werden. Damit wird das Ziel einer markt- und bedarfsgerechten Stromerzeugung und Einspeisung unterstützt.